



**Kurt J. Rossmanith**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Parlamentsgruppe  
Luft- und Raumfahrt

11011 Berlin, 9. April 2008

**Platz der Republik 1**

Tel: (030) 227-7 48 25 Fax: (030) 227-7 68 25  
eMail: [kurt.rossmanith@bundestag.de](mailto:kurt.rossmanith@bundestag.de)  
Internet: [www.kurt-rossmanith.de](http://www.kurt-rossmanith.de)

**Wahlkreisbüro:**

Schraderstraße 11  
87600 Kaufbeuren  
Tel: (08341) 78 10 Fax: (08341) 10 95 03  
eMail: [kurt.rossmanith@wk.bundestag.de](mailto:kurt.rossmanith@wk.bundestag.de)

**Bundewahlkreisgeschäftsstelle:**

Landsberger Str. 5  
87719 Mindelheim  
Tel: (08261) 40 31 Fax: (08261) 65 30

**Kurt Rossmanith, MdB,  
Mitglied des Verteidigungsausschusses,  
Oberst d. R.**

**Vortrag**  
**„Kernpunkte deutscher Sicherheits- und  
Verteidigungspolitik“**

**bei der Preußischen Gesellschaft Berlin - Brandenburg e.V.  
am Donnerstag, 10.04.2008, 08.00 Uhr  
Berlin Capital Club am Gendarmenmarkt,  
Mohrenstraße 30, 10117 Berlin**

- Es gilt das gesprochene Wort -



---

[Anrede]

- Ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein und Ihnen einen Vortrag zu den Kernpunkten der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu halten.
- Ich werde Ihnen zunächst die Rahmenbedingungen vorstellen, die es in sicherheitspolitischen Fragen zu berücksichtigen gilt. Danach werde ich die Ziele und Prinzipien deutscher Sicherheitspolitik und deren Umsetzung im Rahmen der Vereinten Nationen, NATO und Europäischen Union näher betrachten. Im dritten Teil meines Vortrags werde ich auf die Rolle der Bundeswehr bei der Umsetzung deutscher Sicherheits- und Krisenreaktionspolitik in den verschiedenen Krisenregionen eingehen.

### ***Rahmenbedingungen***

- die **Globalisierung** birgt für weite Teile der Weltbevölkerung große Chancen auf eine Verbesserung der Lebensumstände. Sie ermöglicht wirtschaftliche Entwicklung und fördert Wohlstand und Fortschritt. Auch Deutschland gehört sicher nicht zu den Verlierern der Globalisierung.
- Die Globalisierung bringt aber sicherlich nicht nur Chancen, sondern auch **Risiken und Gefahren** mit sich.
- **Seuchen und Pandemien** können sich im Zeitalter der Massenmobilität in Windeseile über den gesamten Erdball ausweiten.
- **Zwischenstaatliche oder innerstaatliche Konflikte** am anderen Ende der Welt können unsere Rohstoffimporte verteuern und



---

Absatzmärkte wegbrechen lassen – mit fatalen Auswirkungen auf unsere Wirtschaftslage und im weiteren Verlauf auf Arbeitslosigkeit, Soziallasten, Steuereinnahmen etc.

- **Kulturelle, soziale oder religiöse Spannungen** in Afrika oder Asien können z.B. Migrationströme auslösen, die auch an Deutschlands Grenzen nicht halt machen.
- Dies beeinflusst unser Staats- und Gesellschaftsgefüge auf vielerlei Weise. Denken sie nur an die **Integrationsproblematik**, die Entstehung von Parallelgesellschaften, die zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Hand oder **politische Radikalisierung** durch wachsende **Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit**.
- Regionale Konflikte und Ereignisse können heute globale Wirkungen zeitigen. **Medien** haben das Potenzial, lokale Ereignisse global werden zu lassen. Denken Sie dabei nur an die weltweiten Proteste und Gewalttaten einiger Muslime nach dem Abdruck der **Mohammedkarikaturen** in einer dänischen Zeitung oder aber auch die islamischen Erwiderungen auf die Rede des Papstes an der Universität Regensburg.
- Für die nächsten Jahrzehnte zeichnen sich **weitere Trends** ab, die Auswirkungen auf unsere Sicherheit haben können. Einige möchte ich hier benennen.
- Die globale **demographische Entwicklung**, die nicht nur zu einem deutschen Problem wird: Während die westlichen, industrialisierten Staaten alternde Bevölkerungsstrukturen verzeichnen, registrieren wir bei Ländern des Mittleren Ostens, Afrikas und Asiens einen starken



---

Bevölkerungsanstieg. Derartig gegenläufige Entwicklungen können nicht ohne Folgen bleiben.

- Ein weiterer Trend, welcher Bedeutung für unsere Sicherheit haben wird, ist die globale Zunahme des **Energiebedarfs**. Nahezu alle unsere Lebensbereiche sind von der Energieversorgung abhängig.
- Die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft wird durch sie direkt beeinflusst. Der **steigende Energieverbrauch** weltweit läuft dem Sachverhalt zuwider, dass die Ressourcen fossiler Energieträger begrenzt sind. Diese begrenzte Nutzungsdauer kann zu **regionalen Destabilisierungen** führen, sie kann Kriege und gesellschaftliche Konflikte bewirken.
- Wenden wir nun den Blick von möglichen Zukunftsszenarien hin zur Gegenwart: Die **Anschläge des 11. September 2001** verdeutlichten uns, wozu Terroristen in einer globalisierten Welt in der Lage sind.
- Der **Internationale Terrorismus** ist und bleibt das bedrohlichste Sicherheitsrisiko für unseren Staat und unsere Gesellschaft.
- Auch wenn bisher in Deutschland Attentate islamistischer Terroristen vereitelt werden konnten, besteht kein Zweifel an unserer **grundsätzlichen Betroffenheit** durch diese Herausforderung.
- Der Internationale Terrorismus führt uns vor Augen, dass Innere und Äußerer Sicherheit nicht mehr in klassischer Weise getrennt werden können.
- Eine weitere globale Bedrohung, im Fahrwasser der organisierten Kriminalität auftretend, stellt in zunehmendem Maße das Risiko der



---

**Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen** und deren potentiellen Trägermittel dar.

- Auch werden **wirtschaftliche und soziale Spannungen** in der arabisch-islamischen Welt durch die demographischen Entwicklungen in diesen Ländern und durch deren Betroffenheit im Rahmen des Globalisierungsprozesses noch verschärft werden.
- Die hiervon betroffenen Staaten kämpfen entweder mit dem zuvor geschilderten Problem des Internationalen Terrorismus oder sie flüchten sich in eine **aggressive Außenpolitik** mit verbrämter nationalistisch-islamistischer Rhetorik, um nach altem Brauch von inneren Konflikten ablenken zu können.
- Gerade im Falle des **Iran** verbinden sich dessen mögliches Streben nach nuklearer Bewaffnung mit zukünftigen Proliferationsrisiken.
- Unabhängig vom iranischen Beispiel ist mit Blick auf zukünftige Risiken unstrittig, dass der **Besitz von Nuklearwaffen** sowie biologischen und chemischen Kampfstoffen erklärtes Ziel einiger Staaten, vor allem aber terroristischer Organisationen ist.
- Allein am Beispiel der Golfregion kann, gleichsam wie im Brennglas, die **Verzahnung der oben geschilderten Trends** und Herausforderungen und ihre Auswirkung auf die globale Bedrohungslage verfolgt werden.

***Werte, Interessen und Ziele deutscher Sicherheitspolitik***



- 
- Meine Damen und Herren, aktuelle und zukünftige Herausforderungen deutscher Sicherheitspolitik entstehen aus einem kaum überschaubaren **Konglomerat von Sicherheitsrisiken**.
  - Diesen geschilderten Rahmenbedingungen, internationalen Herausforderungen und realen wie potentiellen Gefährdungen unserer Sicherheit hat sich eine **verantwortlich handelnde deutsche Außen- und Sicherheitspolitik** zu stellen.
  - Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird dabei in ihrer Gesamtheit von den **Werten des Grundgesetzes** geleitet.
  - Diese Werte verpflichten die deutsche Politik, die **Interessen unseres Landes** zu wahren, insbesondere:
    - Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu bewahren und sie vor Gefährdungen zu schützen,
    - die Souveränität und die Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes zu sichern,
    - regionalen Krisen und Konflikten, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen können, wenn möglich vorzubeugen und zur Krisenbewältigung beizutragen,
    - globalen Herausforderungen, vor allem der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu begegnen,
    - zur Achtung der Menschenrechte und Stärkung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beizutragen,



- 
- schließlich den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern und dabei die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden zu helfen.
  - Meine Damen und Herren, Deutschland hat auf die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen konkret reagiert und drei **wesentliche Schlussfolgerungen** gezogen. Diese haben wir auch im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ klar herausgestellt.
  - Erstens: Den **Gefährdungen für unsere Sicherheit muss präventiv begegnet werden**,
  - Zweitens: Ein **umfassender, vernetzter Ansatz ist erforderlich**, der neben militärischen vorrangig politische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Mittel einschließt.
  - Drittens: Maßnahmen zur Krisenvorbeugung müssen zunehmend im **multinationalen Verbund** erfolgen.
  - Meine Damen und Herren, tragende Säule deutscher Sicherheitspolitik ist und bleibt dabei die auf gemeinsamen Werten und Interessen basierende **transatlantische Partnerschaft** und in diesem Sinne das Ziel, das vertrauensvolle Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu festigen und weiter auszubauen.
  - In der **Atlantischen Allianz** treffen transatlantische Kooperation und europäische Integration aufeinander. Politische Theoretiker, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts im NATO-Bündnis eine Zweckgemeinschaft ohne Zukunft sahen, lagen mit ihrer Prognose schlicht falsch.



- 
- Neben unserem Engagement für die transatlantische Partnerschaft ist die **Stärkung Europas** als geographisches Zentrum von Wohlfahrt und Sicherheit im Rahmen deutscher Interessen als herausragendes Ziel zu nennen.
  - Unsere Bemühungen sind dabei immer auch auf Stabilität und den Erhalt der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union im Zuge politischer Integration gerichtet.

### ***Prinzipien deutscher Sicherheitspolitik***

- Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu den von mir genannten drei Prinzipien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik (präventiv, umfassend und multinational) etwas ausführlicher vortragen.

**Deutsche Sicherheitspolitik ist umfassend:** Das Bestreben der Bundesregierung ist die **Verzahnung** aller Instrumente der Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und – wo nötig – auch der Innenpolitik.

- Das **Beispiel islamistischer Terrorismus** zeigt die Notwendigkeit dieses Ansatzes deutlich: Während wir mittels außen-, entwicklungs- und verteidigungspolitischer Maßnahmen bereits seit langem bestrebt sind, dieser Bedrohung an ihren Entstehungsorten entgegen zu treten, müssen wir ihnen im Inland durch geeignete Gesetzgebung und angemessene Integrationspolitik begegnen.
- Um die Herausforderungen anzugehen, wurde ein **Ressortkreis „Terrorismus“** gebildet, der unter Federführung des



---

Innenministeriums steht. Viele andere Ministerien und sogar kulturpolitische Akteure sind daran beteiligt.

- Die **Erfahrungen im Umgang mit Krisen** der letzten Jahre haben aber wiederholt auch deutlich gemacht, dass neben dem reinen Krisenmanagement (u.a. humanitäre Hilfe, Stationierung von Stabilisierungskräften) mehr denn je Maßnahmen langfristiger Krisenprävention zum Tragen kommen müssen.

**Deutsche Sicherheitspolitik vorausschauend:** Die neuen Risiken und Bedrohungen für Deutschland und Europa haben ihren Ursprung in regionalen und globalen Entwicklungen oftmals weit jenseits des europäischen Stabilitätsraumes. Sie stellen ein komplexes Konglomerat dar und sind häufig **asymmetrischer Natur**.

- All diesen Bedrohungen muss man frühzeitig begegnen. Sicherheitsvorsorge kann daher am wirksamsten durch **Frühwarnung und präventives Handeln** gewährleistet werden. Dies betrifft das gesamte sicherheitspolitische Instrumentarium.
- Der vom Kabinett bereits im Mai 2004 verabschiedete **Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“** ist Ergebnis politischen Willens, bereits bestehende Konzepte zur Krisenprävention im Sinne einer ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe mit konkreten Handlungsoptionen weiter auszugestalten und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.
- Der Begriff „Zivile Krisenprävention“ schließt dabei nicht den Einsatz von militärischen Mitteln aus!



- 
- Mit der Umsetzung des Aktionsplanes bekräftigt die Bundesregierung ihre Entschlossenheit, Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung vor allem in Transformations- und Entwicklungsländern schrittweise stärker **präventiv** auszurichten und dadurch wirksamer und nachhaltiger zu gestalten.

**Deutsche Sicherheitspolitik ist multilateral:** Mit den neuen Herausforderungen kann kein Staat alleine fertig werden. Deutschland tritt daher besonders für einen **wirksamen Multilateralismus** ein, stellt sich als Mitglied internationaler und supranationaler Organisationen seiner Verantwortung und gestaltet deren Politik aktiv mit.

- Den Werten, Interessen und Zielen deutscher Sicherheitspolitik folgend, sind für die Umsetzung unseres multilateralen Ansatzes in der Außen- und Sicherheitspolitik vor allem die enge **Kooperation in VN, NATO und EU** entscheidend für den Erfolg.
- Lassen Sie mich daher im folgenden ein paar Anmerkungen zu diesen Organisationen machen, in denen wir im internationalen Bereich Interessen und Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik hauptsächlich umsetzen und zu den Herausforderungen, welche die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Zusammenhang zu bewältigen hat.



---

## ***Vereinte Nationen***

- Die VN sind als einzige universale Organisation zur **Bewahrung des Weltfriedens und der Sicherheit** von zentraler Bedeutung für Deutschland.
- Nur die VN können für friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen die weltweit gültige **Legitimationsgrundlage** liefern.
- Deutschland tritt für eine **Stärkung der VN** ein, beteiligt sich als einer der größten Truppensteller im umfassendem Maße und strebt weiterhin einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat an.
- Deutschland ist bereit, mehr Verantwortung bei der Lösung internationaler Krisen und Konflikte zu übernehmen.

## ***NATO***

- Neben den Vereinten Nationen liegt die Einbindung in die **NATO** im besonderen Interesse Deutschlands.
- Die NATO hat sich notwendigerweise zunehmend zu einem **globalen Akteur** entwickelt, der auch jenseits seines alten Bündnisgebietes – wie zum Beispiel in Afghanistan – Verantwortung für Frieden und Stabilität übernommen hat.
- Vor allem das **Partnership for Peace Programm (PfP)** fördert Zusammenarbeit und Transparenz über die NATO-Grenzen hinweg, bringt gemeinsame Wertvorstellungen voran und trägt damit zur gegenseitigen Vertrauensbildung und gemeinsamen Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen bei.



- 
- Bei allen sichtbaren Erfolgen bezüglich des Transfers von Stabilität außerhalb des Bündnisgebietes bedarf die NATO nach Auffassung aller Partner aber weiter der **Umgestaltung und Erneuerung**, um sie an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anzupassen.
  - Dieser Prozess ist bereits in vollem Gange. Der politische und militärische **Transformationsprozess des Bündnisses** wird mit aktiver deutscher Unterstützung vorangetrieben.
  - Wir unterstützen hier im Besonderen eine engere Zusammenarbeit des Bündnisses mit der EU.

### ***Europäische Union (EU)***

- Meine Damen und Herren, neben der engen Einbindung Deutschlands in die NATO sind wir als Mitglied der EU auch am Ausbau der **Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)** maßgeblich beteiligt.
- Als außenpolitischer Akteur mit wachsender Bedeutung hat sich die EU verpflichtet, größere Verantwortung für die internationale Sicherheit zu übernehmen. Sie kann hierfür auf ein breites Instrumentarium zurückgreifen.
- Die von Deutschland maßgeblich geförderte und im Dezember 2003 verabschiedete **Europäische Sicherheitsstrategie** hat hierfür die Voraussetzungen geschaffen.
- Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und der gerade beendeten portugiesischen Präsidentschaft wurden weitere wichtige zivile und militärische Schritte unternommen



---

und große Erfolge erzielt, insbesondere in den Bereichen Einsätze, Fähigkeitenentwicklung, schnelle Krisenreaktion und Partnerschaften.

- Erstmalig kamen Experten aus **zivilen „Response Teams“** in Afghanistan zum Einsatz. Die Fähigkeit der EU zur schnellen militärischen Krisenreaktion wurde Anfang 2007 durch die volle Einsatzfähigkeit der sogenannten EU Battlegroups erreicht.
- Acht Jahre nach dem offiziellen Anstoß zeigt die ESVP im zivilen und militärischen Krisenmanagement **beeindruckende Resultate**. Aber mit dem Erfolg steigen auch die Anforderungen und Erwartungen.

### ***Vernetzte Sicherheit als bestimmendes Merkmal deutscher Sicherheits- und Krisenreaktionspolitik***

- Meine Damen und Herren, Sicherheit kann im 21. Jahrhundert nicht mehr nur rein national und schon gar nicht von einem Politikbereich allein gewährleistet werden.
- Ein **wesentliches Merkmal** deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist daher - so wie im Weißbuch von 2006 klar herausgestellt - deren Vernetzung.
- Ziel des umfassenden, vorausschauenden und multinationalen deutschen Ansatzes in der Sicherheitspolitik ist es, auf nationaler wie internationaler Ebene alle Akteure der Außen- und Sicherheitspolitik ebenso miteinander wie untereinander zu **vernetzen**.
- Nur eine **Vernetzung** aller nationalen und internationalen Akteure der Sicherheitspolitik wird den globalen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft gerecht werden.



- 
- Nur ein gesamtstaatliches wie globales Sicherheitsverständnis sowie die dazugehörigen **vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen** können Sicherheit im 21. Jahrhundert gewährleisten.
  - Deutschland setzt daher im Rahmen seiner Außen- und Sicherheitspolitik seinen gesamten Einfluss in inter- und supranationalen Organisationen daran, die **Kohärenz und Handlungsfähigkeit der Staatengemeinschaft** weiter zu verbessern.
  - **Vernetzte Sicherheit ist international und supranational angelegt.** Dies betrifft staatliche wie nichtstaatliche Akteure gleichermaßen. Die Forderung nach vernetzter Sicherheit führt zu grundlegenden Veränderungen im Aufbau und im Management der internationalen und der nationalen Sicherheitssektoren.
  - Vernetzte Sicherheit bedeutet, dass die Ziele, die Prozesse und die Strukturen sowie die Mittel und die Fähigkeiten der relevanten Akteure des Sicherheitssektors besser aufeinander abgestimmt und konsequent **ressortübergreifend** ausgerichtet werden.
  - Die Komplexität der neuen Herausforderungen erfordert national und international koordinierte, auf die jeweilige Situation zugeschnittene **Gesamtstrategien**, in denen Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur- und Rechtspolitik miteinander verzahnt sind.
  - Meine Damen und Herren, für die Ausgestaltung einer vernetzten Sicherheitspolitik gibt es erste vielversprechende Ansätze.
  - Der bereits erwähnte Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ gibt einen ressort- und



---

bereichsübergreifenden Überblick über methodische Ansätze und Handlungsfelder deutscher Beiträge zum internationalen Krisenmanagement.

- Unter **Federführung des Auswärtigen Amtes** und unter Mitwirkung von zehn weiteren Ressorts und zivilgesellschaftlichen Akteuren erstellt sowie vom Bundeskabinett beschlossen, gehört er wie das Weißbuch zu den wenigen ressortübergreifenden Grundlegendokumenten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.
- Als **strategische Ansatzpunkte der Krisenprävention** identifiziert er die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Demokratie und Sicherheit; die Reform des Sicherheitssektors; die Förderung zivilgesellschaftlicher Friedenspotenziale sowie die Sicherung der Lebenschancen (Wirtschaft und Soziales, Umwelt und Ressourcen).
- Mit dem Konzept der Zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung werden die verfügbaren Instrumente ziviler und militärischer Art in einen **einheitlichen**, von der zivilen Finalität bestimmten **Politikansatz** integriert.
- Zur **Umsetzung des Aktionsplans** wurden in allen beteiligten Ressorts Beauftragte für Krisenprävention ernannt und im September 2004 der „Ressortkreis Zivile Krisenprävention“ unter Vorsitz des Auswärtigen Amtes konstituiert. In mehreren Themenschwerpunkten soll dort die interministerielle Umsetzung krisenpräventiver Politikansätze eingeübt und realisiert werden.
- Mit dem Aktionsplan ist ein wichtiges, **richtungweisendes politisches Signal** im Sinne des Willens zu einer ressortübergreifenden Bündelung deutscher außen- und



---

sicherheitspolitischer Instrumente und Ressourcen im Geiste des erweiterten Sicherheitsbegriffs gesetzt worden.

- Das BMVg arbeitet intensiv an der Umsetzung des Aktionsplans mit und bringt sich aktiv in die ressortübergreifende Zusammenarbeit ein. Wir verstehen gerade die **Einsätze der Bundeswehr als wichtigen Teil der Umsetzung** des Aktionsplans.
- Auch der **Koalitionsvertrag vom November 2005** setzt diese Linie explizit fort. Eine positive Folge sind zum Beispiel die beachtlichen mentalen und praktischen Annäherungen an der Schnittstelle zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik oder die zunehmende Thematisierung der Rolle der Wirtschaft bei der Unterstützung von Demokratisierungs- und Entwicklungsprozessen im Kontext internationalen Krisenmanagements.
- Meine Damen und Herren, nachdem wir sowohl über die strategischen Rahmenbedingungen und internationale Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft, als auch über die Werte, Interessen, Ziele und Prinzipien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen haben, möchte ich nun auf die konkrete **Umsetzung deutscher Interessen in der Sicherheitspolitik** zu sprechen kommen und dazu auch die Rolle der Bundeswehr eingehender betrachten.

### ***Rolle der Bundeswehr bei der Umsetzung deutscher Sicherheits- und Krisenreaktionspolitik***

- Meine Damen und Herren, als **Instrument einer umfassenden und vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik** ist eine



---

leistungsfähige Bundeswehr für Deutschland unverzichtbar. Sie muss in der Lage sein, gemeinsam mit Streitkräften anderer Länder Aufgaben und Aufträge im erweiterten Aufgabenspektrum vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu erfüllen.

- Seit den frühen neunziger Jahren befindet sich die Bundeswehr immer häufiger in **Auslandseinsätzen**.
- Der Umfang der eingesetzten Kontingente wuchs ständig und die Aufträge und Aufgabenstellungen wurden immer umfassender und auch risikoreicher. Die Bundeswehr ist aktuell mit über 7.000 Soldatinnen und Soldaten auf drei Kontinenten in elf Auslandseinsätzen vertreten.
- Der Blick auf die jüngsten Entwicklungen zeigt, dass sowohl **Umfang als auch geographische Ausdehnung der Einsätze** wahrscheinlich **weiter zunehmen** werden.
- Lassen Sie mich im Folgenden kurz auf einige ausgewählte Regionen näher eingehen.

### ***Balkan***

- **Frieden und Stabilität auf dem Balkan** sind wichtige Voraussetzungen für dauerhafte Sicherheit in und für Europa. Deutschland hat nicht zuletzt aufgrund seiner Nähe zu der Region ein besonderes Interesse an der Konsolidierung des Friedens auf dem Balkan.
- Wichtige Schritte zu einer positiven Entwicklung der Balkan-Region sind:



- 
- Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen,
  - Ahndung von Kriegsverbrechen,
  - Wirtschaftsreformen,
  - Lösung der Flüchtlingsproblematik,
  - Minderheitenschutz sowie die
  - Einbindung der Streitkräfte in kooperative und vertrauensbildende Sicherheitsstrukturen.
- Zur Eindämmung künftiger regionaler Konfliktpotenziale ist es vor allem erforderlich, das **Spannungsverhältnis zwischen Nationalstaatsprinzip und Multiethnizität** aufzulösen.
  - Der Weg dazu kann erfolgversprechend nur über die **Integration in euroatlantische Strukturen** führen.
  - Die konkrete **Beitrittsperspektive zu NATO oder EU** ist für viele Länder von zentraler Bedeutung. Sie muss auch in der derzeitigen Konsolidierungs- und Transformationsphase der euroatlantischen Organisationen erreichbar bleiben. Auf dem NATO-Gipfel, der vom 02. bis 04. April 2008 in der rumänischen Hauptstadt Bukarest stattfand, haben die 26 Staats- und Regierungschefs der NATO Kroatien und Albanien zu konkreten Beitrittsgesprächen eingeladen. Die Aufnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurde aufgrund der ungelösten Namensfrage vertagt.
  - Ukraine und Georgien: diplomatischer Kunstgriff: beide Staaten wurden zwar nicht in den MAP (Beitrittsprogramm der NATO: MAP = Membership Action Plan = Mitgliedschafts-Aktions-Plan) aufgenommen. Allerdings wurde ein diplomatischer Kunstgriff in Form einer Vorstufe zum MAP angewandt: Beiden Staaten wurde bestätigt,



---

dass sie für potentielle Mitglieder gehalten werden, wann die Aufnahme in den MAP erfolgen werde, wurde allerdings offen gelassen.

- Die Bundeswehr ist auf dem Balkan sowohl in **Bosnien und Herzegowina** als auch im **Kosovo** im Einsatz.
- Seit der **Unabhängigkeitserklärung** des kosovarischen Parlaments am 17.02.2008 haben bislang 37 UN-Staaten - darunter 18 EU-Mitglieder - das **Kosovo** formal anerkannt. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat das Kosovo völkerrechtlich als eigenständigen Staat anerkannt. Zwar wäre eine Lösung auf dem Verhandlungswege wünschenswert gewesen. Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ist allerdings die Konsequenz, dass zuvor die intensiven diplomatischen Vermittlungsbemühungen, zwischen Serben und Kosovo-Albanern zu einer einvernehmlichen Lösung der Statusfrage des Kosovo zu gelangen, ausgeschöpft wurden, aber ergebnislos blieben. Insofern würde ein weiteres Offenhalten der Statusfrage die Gefahr neuer Unruhen und die bisher auf dem westlichen Balkan erreichte Stabilität gefährden.
- Wir haben ein nationales **Sicherheitsinteresse** an stabilen, friedlichen und demokratischen Staaten auf dem Balkan. Der **Zerfall Jugoslawiens** hat deutlich gezeigt, welche unmittelbaren Auswirkungen die damit verbundenen Konflikte auf Deutschland hatten. Es liegt im Sicherheitsinteresse Europas, dass im Kosovo mit Hilfe der EU ein zumindest einigermaßen funktionierender Rechtsstaat entsteht. Denn ein Kosovo mit organisierter Kriminalität, mit Menschenhandel, als Durchgangsgebiet für Drogen und mit Waffenhandel strahlt negativ auf ganz Europa aus. Die durch diese



---

Instabilität und Konfliktpotentiale, durch ethnisch motivierte hohe Gewaltbereitschaft, bis heute gekennzeichnete allgemeine Sicherheitslage des Kosovo macht die **Anwesenheit der internationalen Sicherheitspräsenz** auch weiterhin erforderlich.

- Die **EU-Operation ALTHEA (EUFOR)** - als bislang größte militärische Operation im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – trägt seit Dezember 2004 erfolgreich zur Schaffung eines sicheren Umfeldes in Bosnien und Herzegowina bei.
- Trotz aller Schwierigkeiten ist die Grundtendenz der **Entwicklung der Sicherheitslage in Bosnien-Herzegowina positiv**. Kernprobleme bleiben die notwendigen Reformen in den Schlüsselbereichen Polizei und Verfassung.
- Basierend auf der sicherheitspolitischen Situation wurde Ende Februar 2007 von der EU beschlossen, den „Startschuss“ für die Implementierung der ersten Stufe des **Reduzierungskonzeptes** für ALTHEA zu geben.
- Die Truppenstärke kann jetzt, wie angestrebt von ursprünglich **6.000 auf 2.500 Soldaten reduziert** werden. Damit hat die EU den „Einstieg in den Ausstieg“ ihres militärischen Engagements in Bosnien-Herzegowina begonnen. EUFOR wird jedoch auch weiterhin eine sichtbare Präsenz in Bosnien-Herzegowina erhalten.
- In der weiteren Entwicklung von ALTHEA erwarten wir **bis Mitte 2008 keine weiteren Reduzierungen für EUFOR**. Die Entscheidung hierzu wird aber auf Grundlage der aktuellen Sicherheitsanalyse getroffen werden müssen.



---

### ***Kaukasus und Zentralasien/ Afghanistan***

- Der **Kaukasus und Zentralasien** stellen die Nahtstelle zwischen dem euroatlantischen Sicherheitsraum, dem Nahen Mittleren Osten und Asien dar.
- Als Transit- und Versorgungsraum für das internationale Engagement zur Stabilisierung Afghanistans erfüllt der südliche zentralasiatische Raum eine **unverzichtbare sicherheitspolitische und militärische Funktion**.
- **Vorrangiges Ziel** des internationalen und auch des deutschen Engagements in der Region ist die Schaffung von Stabilität durch Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlicher Entwicklung und regionaler Kooperation sowie der Ausbau vertrauensvoller Beziehungen als gemeinsame Basis für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Organisierte Kriminalität, insbesondere den internationalen Drogenhandel.
- Bei einer **positiven Weiterentwicklung** könnten beide Regionen eine wichtige Brückenfunktion wahrnehmen, deren Stabilität auch in angrenzende Konfliktzonen ausstrahlt.
- Bei **negativer Entwicklung** könnten sich beide Regionen hingegen als gefährliche Bruchzone erweisen, von der eine weitreichende Instabilität ausginge. Dies zu vermeiden liegt im Interesse vorausschauender deutscher Sicherheitspolitik.
- Insbesondere das **deutsche Engagement in Afghanistan** ist für die sicherheitspolitische Entwicklung der Region von Bedeutung.



- 
- Auf Bitten der afghanischen Regierung hatten die Vereinten Nationen die **Ausweitung** des bis dahin auf Kabul und Umgebung begrenzten Engagements **von ISAF** auf ganz Afghanistan beschlossen.
  - Die **NATO** stellt sich damit – insbesondere vor dem Hintergrund der schwierigen Sicherheitslage in der Südregion um Kandahar – einer großen Herausforderung, zu deren Bewältigung wir mit erheblichen Mitteln beitragen.
  - Deutschland hat seit Frühjahr 2006 das **Regionalkommando Nord** in Mazar-e Sharif und damit die internationale militärische Verantwortung für die gesamte Nordregion übernommen.
  - Derzeit sind ca. **3.100 deutsche Soldaten** in Afghanistan (inkl. Termez/Usbekistan) eingesetzt. Die gesamte ISAF-Truppenstärke beträgt ca. 40.000. Deutschland stellt nach den USA und Großbritannien das **drittgrößte Einsatzkontingent**.
  - Allen NATO-Partnern ist bewusst, dass es „**ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung aber auch keine Sicherheit**“ gibt.
  - Wir werden die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung, insbesondere im Süden und Osten, nur gewinnen und erhalten können, wenn es uns gelingt, unsere **militärischen und zivilen Handlungen zu harmonisieren** und spürbare Erfolge bei Wiederaufbau und Entwicklung in den Operationsgebieten zu erreichen. Deutschland verfolgt daher in Afghanistan einen **breit angelegten, ressortübergreifenden Ansatz** zur Stabilisierung des Landes.



- 
- Drei wesentliche Handlungsfelder bestimmen auch künftig das deutsche Engagement:
    - Erstens ein **fortgesetztes Engagement als „Key Partner Nation“** in der Nordregion,
    - Zweitens die **enge Koordination aller militärischen Maßnahmen mit dem zivilen Aufbau**. Das deutsche PRT-Konzept (Provincial Reconstruction Teams) mit einem ganzheitlichen, ressortübergreifenden Ansatz hat sich dabei gut bewährt.
    - Schließlich die **Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte** als der operative Schwerpunkt unseres Einsatzes in Afghanistan. Nur handlungsfähige afghanische Sicherheitskräfte können die Grundlage einer Exitstrategie für ISAF bilden.
  - Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ganz kurz etwas näher auf die gerade angesprochenen PRTs eingehen, um Ihnen die Vorteile eines gemeinsamen zivil-militärischen Ansatzes zu verdeutlichen.
  - Insgesamt sind **derzeit 25 PRTs in Afghanistan eingerichtet**. Die PRTs bilden die Schwerpunkte des internationalen militärischen und zivilen Engagements. Die deutschen PRTs vereinen die militärischen und zivilen Aufbauziele des „Afghanistan-Konzepts“ der Bundesregierung. **Auftrag der PRTs ist die Unterstützung des regionalen Stabilisierungsprozesses und der Aufbau von Vertrauen in der afghanischen Zentralregierung**. Gleichzeitig wird



---

die Sicherheits-Sektor-Reform unterstützt. Ziel ist die Schaffung eines sicheren Umfeldes als Voraussetzung für den zivilen Aufbau.

- Die deutschen PRTs werden durch eine zivil-militärische „Doppelspitze“ (BMVg u. Auswärtiges Amt) geführt und zeichnen sich durch eine **ressortübergreifende Zusammenarbeit und Koordination** aus. Die intensive Abstimmung wirtschaftlicher, entwicklungstechnischer und finanzieller sowie wirksamer militärischer Maßnahmen sind kennzeichnend für die deutschen PRTs.
- Unser PRT-Konzept hat **Stabilität schaffende und somit auch Schutz erhöhende Effekte** und wird inzwischen modellhaft auch von anderen Nationen übernommen.

### ***Naher und Mittlerer Osten***

- Der **Nahe und Mittlere Osten** ist aufgrund seiner politisch-religiösen und kulturellen Gegensätze, seiner gesellschaftlichen und sozialen Probleme und des daraus erwachsenen Verlustes an traditionellen islamischen Werten, der politischen und militärischen Unberechenbarkeit einzelner Staaten sowie seiner reichhaltigen Energieressourcen zu einem Brennpunkt internationaler Politik geworden.
- Die teilweise vorhandenen **Verflechtungen mit dem internationalen Terrorismus**, das Streben einiger Staaten nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen sowie die Entwicklung weitreichender Trägermittel vergrößern die ohnehin vorhandenen **vielfältigen Konfliktpotentiale** noch weiter.



- 
- Es kommt für Europa und damit auch für Deutschland darauf an, in **gemeinsamer Anstrengung mit den transatlantischen Partnern** Wege zur Beilegung insbesondere des israelisch – palästinensischen Schlüsselkonflikts zu suchen.
  - Um potenzielle Risiken und Bedrohungen von Deutschland und Europa fernzuhalten, ist es auch wichtig,
    - die Stabilisierung und den Aufbau des Iraks voranzutreiben,
    - den Iran von der Notwendigkeit der vollen Transparenz seines Nuklearprogramms zu überzeugen, sowie
    - mit einem präventiven, umfassenden Politikansatz die Modernisierung der islamischen Gesellschaften zu unterstützen und damit dem religiösen Fundamentalismus den Boden zu entziehen.
  - In diesem Zusammenhang ist auch der deutsche Beitrag zu **UNIFIL** im Libanon von besonderer Wichtigkeit. Unser Engagement trägt wesentlich dazu bei, dass auf der Grundlage eines stabilen Waffenstillstandes die grundlegenden Probleme zwischen Israel und dem Libanon und in der Region angepackt werden können. Langfristig erhoffen wir uns damit, dass:
    - **Israel** in Sicherheit und Frieden mit seinen Nachbarn in der Region leben kann,
    - der **Libanon** die Kontrolle über sein Staatsgebiet in voller Souveränität auszuüben sein wird und
    - die **Palästinenser** einen lebensfähigen Staat in guter Nachbarschaft zu Israel erhalten werden.



## **Afrika**

- Meine Damen und Herren, zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich auf die **deutschen außen- und sicherheitspolitischen politischen Interessen in Afrika** eingehen.
- Die **nordafrikanischen Staaten** gewinnen als Mittelmeernachbarn von NATO und EU vor allem als Kooperationspartner im Kampf gegen den Terrorismus und die illegale Migration sowie als mögliche Partner im Rahmen der internationalen Krisenbewältigung an Gewicht.
- Dem gegenüber erfordern die **Staaten der Subsahara** aufgrund zunehmender Instabilitäten durch unzureichende Regierungsführung bis hin zum Scheitern von Staaten, die damit zum Ausgangspunkt terroristischer Aktivitäten werden könnten, unsere erhöhte Aufmerksamkeit.
- Die wachsende Bereitschaft europäischer Gesellschaften – auch der deutschen Bevölkerung –, Verletzungen von Menschenrechten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht mehr tatenlos hinzunehmen, rückt den afrikanischen Kontinent in unser engeres Blickfeld.
- Es muss nach unserer Auffassung bei zukünftigen Aktionen darauf ankommen, die **afrikanischen Fähigkeiten zur Selbsthilfe** beim Umgang mit afrikanischen Krisen und Konflikten zu stärken.
- Ziel muss der **Stabilitätstransfer** und die Stärkung von Kapazitäten zur eigenverantwortlichen Konfliktverhütung und -bewältigung sein.



- 
- Beispielhaft möchte ich diesem Zusammenhang die **VN-Mission UNMIS im Sudan** nennen, die wesentlich zur Stabilisierung der dortigen Lage beiträgt.
  - Als Beobachtungs- und Verifikationsmission nach Artikel VI der VN-Charta soll UNMIS im Süden Sudans die Implementierung des Friedensvertrages von Nairobi überwachen und die ehemaligen Bürgerkriegsparteien bei dessen Umsetzung unterstützen. Der gegenwärtige **deutsche Beitrag - knapp 40 Soldaten** - ist unverändert der Größte zur Militärbeobachterkomponente und einer der größten der europäischen Nationen zur Gesamtmission.
  - Deutschland unterstützt im Sudan auch die VN-Überwachungsmission **UNAMID** in der Region Darfur durch logistische Unterstützung mit Lufttransport.

### **Schlusswort**

- Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kurz zusammenfassen.
- Unsere deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die den **neuen Risiken und Bedrohungslagen des 21. Jahrhunderts** gerecht werden will, sieht sich mit größeren Herausforderungen konfrontiert, als dies jemals zuvor der Fall war.
- Die genannten Risiken und aufgezeigten Trends stellen eine **latente Bedrohung für Frieden und Stabilität weltweit** dar. Sie machen vor Grenzen nicht halt. Kein Staat kann mit den neuen, oftmals asymmetrischen Bedrohungslagen alleine fertig werden.



- 
- Den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft kann erfolgreich nur mit einem **umfassenden, vorausschauenden Ansatz im multilateralen Rahmen** auf der Grundlage klarer Wertvorstellungen, Interessen und Ziele begegnet werden, in dem alle nationalen und internationalen Sicherheitsakteure miteinander und untereinander vernetzt sind.
  - Deutschland hat aus dieser Situation die nötigen Schlüsse gezogen und weiß um die Bedeutung **ziviler Krisen- und Konfliktverhütung**.
  - Deutschland weiß aber auch, dass der **Einsatz militärischer Kräfte** nötig sein kann; vor allem dann, wenn man entstehenden Krisen schon im Entstehen entgegentreten will, damit diese sich nicht zu Konflikten entwickeln.
  - Die **Bundeswehr als ein unverzichtbares Instrument der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik** leistet Hervorragendes in der Vorbeugung von Konflikten und der Bewältigung von Krisen und wird dies auch weiterhin tun - auf dem Balkan, in Afghanistan und in Nah-/ Mittelost, aber auch in Afrika und in anderen Konfliktregionen.
  - Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist auf das **Wertesystem unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung** und dem Bekenntnis zu den universalen Menschenrechten aufgebaut. Unsere **Interessen und Ziele** leiten sich daraus ab.
  - Für friedenserhaltende oder auch friedenssichernde Missionen, ob sie nun zivil oder militärisch geprägt seien, gilt die **Legitimation durch die VN** als Bedingung sine qua non.



- 
- Neben einem klaren Bekenntnis zur Rolle der VN spielen aus deutscher Sicht die **nordatlantische Wertegemeinschaft** und der **europäische Integrations- und Einigungsprozess** eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung einer vernetzten Sicherheitspolitik wie sie die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordert.
  - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und beantworte nun gerne Ihre Fragen.